

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 65 (1990)

Heft: 8

Artikel: Die Krise des Sowjetsystems und die Sicherheit Europas

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-714690>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Krise des Sowjetsystems und die Sicherheit Europas

ERSCHLOSSEN EMDOK

MF 382 1103

Von Oberst i Gst Dominique Brunner, Zürich

Die nachstehende Analyse wurde im Mai verfasst. Die grundlegende Feststellung, die Krise des Sowjetsystems, wurde seither nur bestätigt, ebenso bleibt der militärische Status Deutschlands umstritten. Ein Start-Vertrag wird möglich.

Gewissheit und Ungewissheit

Wer derzeit die Lage Europas unter sicherheitspolitisch-strategischen Gesichtspunkten beurteilt, läuft Gefahr, der vielerorts herrschenden Stimmung zu erliegen und all die Erkenntnisse, die im Atomzeitalter und in bezug auf Europa in strategischer Hinsicht gewonnen wurden, in die Mottenkiste der Geschichte zu relegieren. Man ist weitherum davon überzeugt, dass die Nachkriegszeit, beherrscht durch den «Kalten Krieg», ein für allemal beendet sei und dass, was das Verhältnis zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt, jedenfalls in Europa, angeht, eine neue Zeit angebrochen sei. Das stimmt irgendwie oder in Ansätzen, gibt aber nicht die ganze Wahrheit wieder. Also empfiehlt es sich, zwischen dem zu unterscheiden, was feststeht oder einigermaßen gesichert erscheint, und dem, was richtig besehen noch ungewiss ist.

Was steht denn fest?

Fest steht wohl, dass die sozialistische Ideologie restlos widerlegt worden ist, gewiss nicht erst heute, aber jetzt kann es keiner, der bei Verstand ist, bestreiten. Das Modell hat total versagt, weil die Grundlage, das Menschenbild, das Welt- und Ichbild, immer falsch war. Der Kapitalismus mag manche unschöne, in bestimmten Zeiten, in bestimmten Räumen zu Recht als stossend empfundene Züge aufweisen, er ging und geht von einer sehr viel realistischeren Einschätzung des Menschen aus, der nun einmal grossartig, zugleich aber gerade in seinen Beziehungen zu den anderen höchst unzulänglich ist. Der Mensch sei schlecht, meinte Machiavelli, der damit die Erkenntnis der Antike zusammenfasste, und nur der Zwang der Notwendigkeit mache ihn gut. Dieses «schlecht» ist weniger im moralischen Sinn zu verstehen, als mit «unzulänglich» zu übersetzen. Indem festgestellt wird, dass der sich von den Propheten Marx und Engels herleitende Sozialismus, vor allem in der modifizierten Leninschen Version, widerlegt ist, ist allerdings keineswegs gesagt, dass diese Irrlehre nicht wieder Anhänger finden wird. Heilslehren sind irgendwie unausrottbar, weil sie denjenigen, die in der doch bedrückenden Ungewissheit des irdischen Daseins Halt, Antworten und Rezepte suchen, solchen geistigen Komfort zu bieten scheinen. Es sind die charakterlich Schwachen, die der unvermeidlichen Unsicherheit und Notwendigkeit, immer wieder neu zu urteilen, neu zu entscheiden und dabei das Risiko des Irrtums einzugehen, zu entrinnen suchen, indem sie sich einer Weltanschauung verschreiben, die Patentrezepte anbietet.

Ebenso eindeutig ist die logische Folge des Scheiterns der Idee, nämlich der Bankrott des

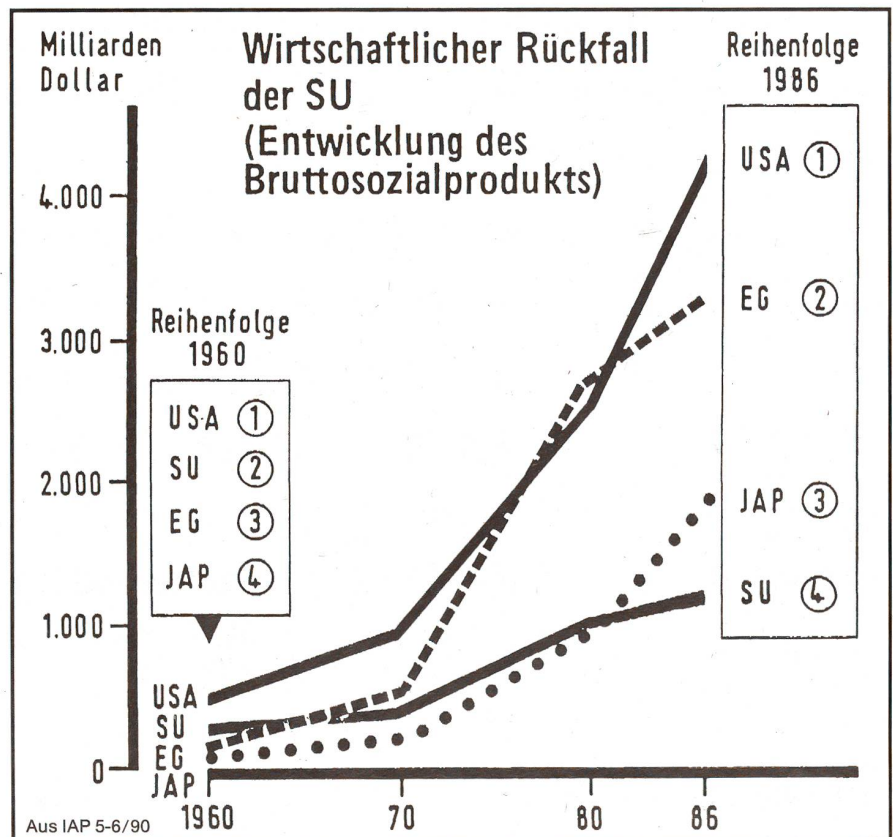
gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems, das als Sozialismus bekannt ist. Bemerkenswert ist, dass nicht nur die sowjetkommunistische Spielart evident versagt hat, sondern auch das jugoslawische Modell, dem intellektuelle Schwärmer im Westen und in der Schweiz noch vor nicht allzulanger Zeit einiges abzugewinnen schienen. Henry Kissinger hat es 1979 in «White House Years» als Witz der Weltgeschichte bezeichnet, dass sich die marxistische Doktrin, die doch zum Zwecke hatte, den Menschen wirtschaftliches Wohlergehen zu sichern, einzig als Methode zur Machtergreifung und Machterhaltung bewährt hat. Die Menschen in den sozialistischen Ländern, die unglückseligen Versuchskaninchen der mit Priesterallüren auftretenden Ideologen, zeigen dort, wo sie ihren Willen manifestieren können, unverzüglich, dass sie von sozialistischer Ordnung nichts mehr wissen wollen. Ob diese Einstellung fortauern wird, wenn der Preis für Marktwirtschaft und Wohlstand zu zahlen sein wird, nämlich Leistung, die einem der sozialistische Staat ungeachtet all seiner Appelle dazu gründlich abgewöhnt hat, ist wohl zurzeit offen.

Fest steht vor diesem Hintergrund der Zusammenbruch des den osteuropäischen Staaten nach Kriegsende 1945 von der Siegermacht

Sowjetunion aufgezwungenen politischen Systems, das dem eigenen nachgebildet war: Die Herrschaft der «neuen Klasse», wie sie Djilas aus eigenem Erleben vor Jahrzehnten schon kennzeichnete, ist im Vorfeld der Sowjetunion zerbrochen und wird vorbehaltlich katastrophaler Entwicklungen, also etwa einer bewaffneten Intervention der Sowjetunion oder des gänzlichen Versagens der neuen Führungskräfte, der Vergangenheit angehören.

Die Krise des Sowjetsystems als Hauptphänomen

Fest steht sodann, dass die Supermacht Sowjetunion als Folge der ersten Krise, die sie durchmacht, gemessen an der Situation der letzten viereinhalb Jahrzehnte, in die Defensive gedrängt ist. Während noch nach 1985, dem Machtantritt Gorbatschows, die alte These von der sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus und dem Sieg des Sozialismus offiziell verkündet wurde, fiel es heute wohl keinem Mitglied der sowjetischen Führungsschicht ein, eine solche Diagnose zu stellen. Diese Krise geht auf die grundlegenden Mängel des Sowjetsystems zurück, die der neuen Führung Anlass zu ihrer Politik der Umgestaltung gegeben haben.



Das amerikanische Verteidigungsministerium hat im September 1989 im Dokument «Soviet Military Power» die Gründe für eine tiefgreifende Reform in der Sowjetunion wie folgt resümiert:

«Erstens legten die sowjetischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, damit zusammenhängende soziale Probleme und technologische Beschränkungen die Notwendigkeit von Änderungen des sowjetischen Wirtschaftssystems und/oder der Zuweisung von Ressourcen nahe. Die prioritäre Allokation von Ressourcen für den Aufbau grosser stehender militärischer Kräfte schuf eine zusätzliche Last für eine sowjetische Wirtschaft, die schon unter den Konsequenzen der zentralen Planwirtschaft für Anreize und Effizienz litt. Die Folge bestand in einer abbröckelnden industriellen Basis, ungleicher technologischer Entwicklung, einer Landwirtschaft, die unfähig war, die Bevölkerung angemessen zu ernähren, Desillusionierung der Bürger, wachsenden Problemen in bezug auf die Volksgesundheit und die Umwelt und dem Schwinden der Anziehungskraft des Sozialismus auf die Dritte Welt.

Der Zustand der Wirtschaft wurde über die allgemeinen Auswirkungen dieser Probleme hinaus auch zu einer militärischen Sorge. Ab etwa 1980 begannen sowjetische militärische Publikationen die Auffassung zu artikulieren, dass Spitzentechnologien für die Förderung der militärischen Stärke vorteilhafter wären als die ständige Vergrösserung der Streitkräfte. Diese Publikationen brachten auch zum Ausdruck, dass die sowjetische Industrie eine neue Revolution in der Waffentechnologie im Wettbewerb mit dem Westen nicht angemessen stützen könne.

Sodann gelang es mit den eindrücklichen sowjetischen militärischen Kapabilitäten, die zu hohen Kosten geschaffen und aufrechterhalten wurden, nicht, die Gegenspieler der Sowjets zu demoralisieren, die NATO unter

Druck zu setzen oder den afghanischen Widerstand zu brechen.»

Fehlgeschlagene Politik von Kanonen und Butter

Die neue Führung mit Gorbatschow als zentraler Figur hat offenbar zunächst geglaubt, dass man gewissermassen das eine tun könne und das andere nicht lassen müsse. «Die Daten des sowjetischen Wirtschaftsplanes zeigen, dass Gorbatschow während seiner ersten Jahre an der Macht mit signifikanten Fortschritten der Effizienz und Produktivität der zivilen und militärischen Industrie rechnete, um ein schnelles Wachstum in beiden Bereichen ohne grössere Umverteilung von Ressourcen zu erreichen.» Bis 1988 nahmen nach amerikanischen Schätzungen die Militärausgaben der Sowjetunion folgerichtig real um rund 3 Prozent jährlich zu.

Ernst zu nehmende Sachverständige vermitteln den Eindruck, die neue sowjetische Politik nach innen und aussen entspreche weniger einer langfristig angelegten generellen Konzeption als einem eher pragmatischen und improvisierten Reagieren auf die Entwicklung, die die Führung zum Teil selber ausgelöst hat. Professor Sewerin Bialer von der Columbia University schrieb jüngst unter dem Titel «The passing of the Soviet order?» (Survival, März/April 1990): «1989 hatte Gorbatschow die Kontrolle über alle Ereignisse in allen Sphären des Lebens der Sowjetunion verloren. Die Sowjetunion befand sich in einem Zustand sich verschärfender multidimensionaler Krise. Dass Gorbatschow und die Perestroika in Schwierigkeiten stecken, unterliegt keinem Zweifel. Aber gefährdet ist nicht nur seine Vorstellung der Reform, sondern das Schicksal des Regimes, dem er vorsteht.»

Bialer fasst seine Schlüsse folgendermassen

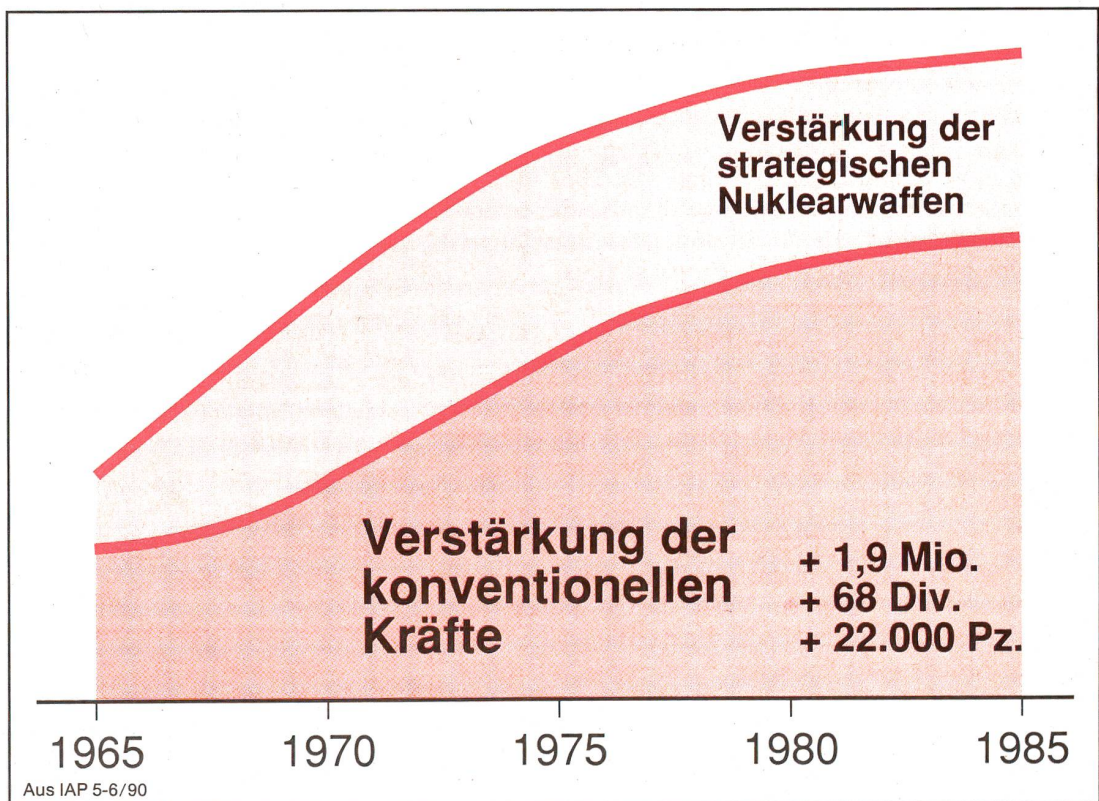
zusammen: «Erstens hat in der UdSSR eine gesteuerte Reform, Perestroika, in eine Revolution umgeschlagen. Zweitens ist der hauptsächlich politische Prozess, der sich in der UdSSR vollzieht, ein Prozess der Polarisierung und Radikalisierung und der Massenmobilisierung aus Positionen links und rechts von Gorbatschow... Und drittens sind die Konvulsionen und Konflikte, die die UdSSR erschüttern, nicht einfach Übergangsstationen auf dem Weg in eine bessere Ordnung, sondern es handelt sich um Trends, die wahrscheinlich lange Zeit andauern und sich intensivieren werden.»

Wie gefährlich ist eine Grossmacht in der Krise?

Fest steht also, dass die sowjetische Supermacht in der Krise ist. Und Krisen hat schon Goethe als «Zeiten des Überganges» gekennzeichnet. Eine Supermacht in der Krise ist aber kein Faktum, das man auf die leichte Schulter nehmen dürfte. Wir haben 1986 in einem Beitrag im Buch «Landesverteidigung 2010», unter dem Titel «Europäische Sicherheit in der Zukunft – zwischen den Supermächten, mit oder gegen Supermächte?» geschrieben: «Und dass innere Schwierigkeiten – mit den Nationalitäten, wirtschaftlicher Art – ohne Schaden für Europa zu einer derartigen grundlegenden Änderung der Politik führen könnten, ist höchst ungewiss. Nach aussen angriffsbereite und stark gerüstete, im Innern von Auflösung bedrohte Imperien sind, wie die famose kuk-Monarchie 14 gezeigt hat, besonders gefährlich.»

Kein Zweifel, der bisherige Verlauf der sowjetischen Krise hat diese Befürchtung nicht bestätigt, und das könnte ein Verdienst sein, das man nun tatsächlich Präsident Gorbatschow anrechnen könnte. Aber möglicherweise stehen wir erst am Anfang der Krise. Sachverständige wie Bialer sind, wie gezeigt wurde,

Sowjetische Aufrüstung in der Zeit von 1965 – 1985 mit dem Ziel einer umfassenden militärischen Überlegenheit und der Invasionsfähigkeit in Europa



davon sogar überzeugt. Und wenn diese Annahme zutrifft, steht auch fest, dass sich Westeuropa über längere Zeit erheblicher potentieller Gefahr aus dem Osten gegenübersehen wird.

Denn, um es zu wiederholen, die grossen Reiche, deren Krise oder Krisen in der Vergangenheit Auswirkungen auf ihre Nachbarn hatten, zum Beispiel zum Krieg führten, waren mehr oder weniger stark gerüstet, waren aber keine Atommächte. Die Sowjetunion ist aber eine Atommacht, und zwar eine Macht, die der anderen Supermacht, den USA, unter bestimmten strategischen Gesichtspunkten überlegen ist, etwa bezüglich der «Hard Target Kill Capability», also der Fähigkeit, die Lenkwaffenlos der anderen Macht vorsorglich in weitem Masse auszuschalten. Und die Sowjetunion ist ausserdem die vom verfügbaren Material her stärkste Landmacht aller Zeiten. Endlich verfügt sie über eine moderne ozeangängige Flotte, die gerade jetzt dabei ist, den Nachteil auszugleichen, der ihr bisher aus dem Fehlen echter Flugzeugträger erwuchs.

Vorsicht geboten

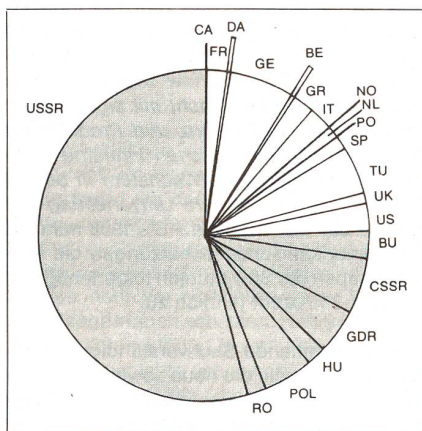
Daraus geht hervor, dass das Phänomen einer ernstesten Systemkrise bei einer Supermacht zu höchster Vorsicht weitherum Anlass geben muss. Behutsamkeit in der Politik gegenüber dieser Macht ist beileibe angezeigt, was konkret heute etwa heisst, dass sich der Westen in die akute baltische Frage mit Vorteil nicht einmischen sollte. Gewiss entspräche es unseren politischen Idealen, wenn die baltischen Republiken volle Unabhängigkeit zurückerlangen. Es fragt sich nur, ob diejenigen, die entsprechenden Druck auf Moskau fordern, die Konsequenzen zu tragen bereit wären, etwa die Einleitung einer Auflösung der Sowjetunion, weil Weissrussland und die Ukraine folgen könnten oder dürften, oder eine russisch-chauvinistische Reaktion mit dem Ergebnis einer gefährlichen Verhärtung der sowjetischen Politik gegenüber dem Westen. Die amerikanische Administration weiss um diese Gefahren und versucht, entsprechend vorsichtig vorzugehen.

Bewährung der atomaren Abschreckung

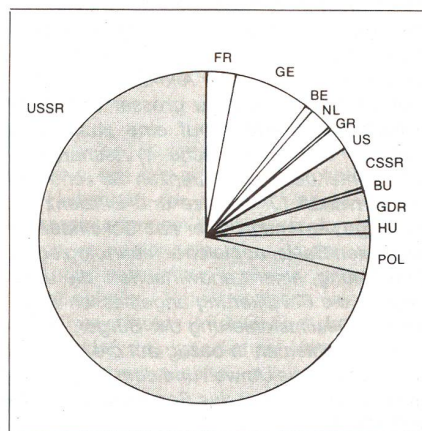
Und endlich steht noch ein weiteres fest, das entsprechend dem Blickwinkel dieser Überlegungen von zentraler Wichtigkeit ist: Die Wirksamkeit der atomaren Abschreckung. Wahrlich, General Beaufre hatte recht, als er schrieb, «*mais la dissuasion plane sur toute la stratégie et lui impose ses limitations comme son style*». Und zu Recht sprach er von der «*atmosphère de prudence essentiellement stabilisatrice*», die die Atomwaffen erzeugen. Es wurde schon vorhin angedeutet: Man stelle sich eine Krise wie die der sowjetischen Hegemonialmacht und den Zerfall ihrer Autorität und ihres Einflusses in ihren Randgebieten und ihrem Glacis, wie er im Gange ist, in der voratomaren Epoche vor! Wer kann glauben, dass es zu keinen gewaltsamen kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen wäre? Wie lange, und mit welchen Folgen, hat sich das osmanische Reich gegen seinen Untergang gewehrt? Für Österreichs verantwortungslose Aggressivität im Juli 14 gegenüber Serbien war das Gefühl Wiens mitentscheidend, durch die aufbegehrenden Nationalitäten des Vielvölkerreiches in die Ecke gedrängt zu sein.

Kräfteverhältnis bei den wichtigsten konventionellen Waffen in Europa (Atlantik bis Ural)

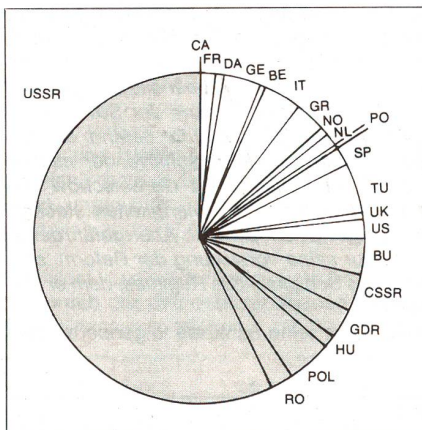
Kampfpanzer



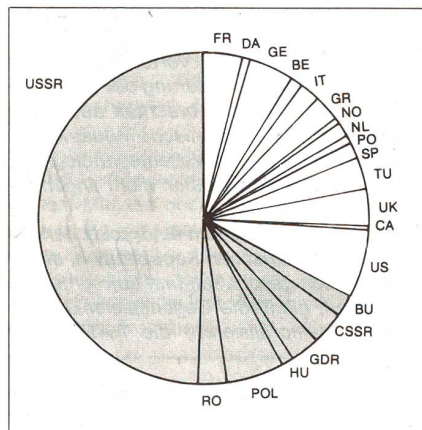
Kampfschützenpanzer



Artillerie (Rohre ab Kaliber 100 mm)



Flieger



□ NATO □ WAPA

Quelle: Nato-Dokument vom 25. November 1988 «Conventional Forces in Europe: The Facts»

Wenn heute niemand im Westen fürchtet und fürchten muss – wie die Dinge zurzeit liegen! –, dass die Sowjets angesichts des Zerfalls ihrer Herrschaft im Westen ihrer Staatsgrenze die Flucht nach vorn antreten, so ist das nicht nur der – durchaus anzunehmenden – Abneigung Gorbatschows gegen militärische Gewalt zuzuschreiben, sondern mindestens ebenso sehr der generell wirksamen Abschreckung, die den Einfluss der militärischen Gewalt dort, wo sie sich auswirkt, entscheidend begrenzt hat.

Gerade die grosse Ungewissheit im Hinblick auf die künftige Entwicklung der Sowjetunion und ihrer Politik namentlich nach Westen verlangt gebieterisch nach Aufrechterhaltung der atomaren Abschreckung – mit angemessenen, d.h. gegenüber dem gegenwärtigen Rüstungsstand verringerten Mitteln.

Offene Fragen

Was aber ist ungewiss oder zumindest ungenügend gesichert? Wenn einerseits fest steht, dass die Sowjetunion in der Krise steckt, so

ist, wie schon betont, andererseits eher offen, in was die Krise münden wird. Die Skala der möglichen Konsequenzen bzw. der Endzustände reicht von der Krise als Dauerzustand über die Beendigung in absehbarer Zeit mit einer reformierten, innere Freiheit mindestens in höherem Masse als bis noch vor kurzem gewährenden und normale Beziehungen zum Ausland unterhaltenden Sowjetunion als Ergebnis bis hin zum Rückfall in autoritäre Zustände. Das letztere könnte gleichbedeutend sein mit dem Ende der neuerdings herrschenden Entspannung in den Beziehungen zwischen den Supermächten und generell dem Westen und der Sowjetunion. Natürlich sind das nur grobe Alternativen, und die reale Entwicklung wird möglicherweise Elemente von allem aufweisen. Kluge Politik des Westens muss unter solchen Voraussetzungen zu ermitteln suchen, welche der möglichen Entwicklungen für die westlichen Interessen am gefährlichsten und welche am vorteilhaftesten wären. Das westliche Verhalten muss darauf angelegt sein, das Gefährliche abzuwenden und das Erstrebenswerte herbeizuführen.

Führungsaufgaben: Wer sie löst, lernt dazu.

**Schweizerische Unteroffizierstage
Journées Suisses de Sous-Officiers
Giornate Svizzere dei Sottufficiali
Ils Dis Svizer da ls Suot-Officiels**

1990



**FÜHRUNGS AUFGABEN
EXERCICES TACTIQUES
ESERCIZI TATTICI**

An den erfolgreichen Schweizerischen Unteroffizierstagen 1990 in Luzern hatten die Wettkämpfer unter anderem anspruchsvolle Führungsaufgaben zu lösen, die Oberst i Gst Beat Fischer speziell für diesen Anlass zusammengestellt hat.

Die positive Resonanz auf diese Führungsaufgaben führte zu einer beachtlichen Nachfrage. Der Verlag des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes hat sich deshalb entschlossen, diese lehrreichen Aufgaben samt Lösungen im Anhang herauszugeben und allen Interessierten zum Preis von Fr. 25.— anzubieten.

Und, wie gesagt, die Nachfrage ist gross. Wir bitten Sie deshalb um etwas Geduld: Die Auslieferung erfolgt ca. 5 Wochen nach Eingang Ihrer Bestellung.

Bestelltalon

Senden Sie mir bitte Expl. «Führungsaufgaben» von Oberst i Gst Beat Fischer.

Grad: _____

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bitte ausschneiden und
einsenden an:

**Zentralsekretariat SUOV
Bözingenstrasse 1
CH-2502 Biel-Bienne**

Die deutsche Frage

Ungewiss erscheint sodann der Ausgang des unvermittelt in Gang gekommenen Prozesses der Neuordnung Zentral- und Osteuropas, d.h. vereinfacht ausgedrückt der Status eines wiedervereinigten Deutschland. Diese Frage ist entgegen den Aussagen der westdeutschen Führung nach ihrem Treffen mit Gorbatschow im Februar noch gar nicht entschieden. Die Sowjets sagen einmal das und einmal jenes. Die Bundesrepublik sagt, das vereinigte Deutschland müsse NATO-Mitglied bleiben, wobei auf die Stationierung von NATO-Truppen in Ostdeutschland verzichtet würde. Der sowjetische Aussenminister verkündet seit Jahresanfang immer wieder von neuem, dass eine Neutralität Deutschlands wohl das Zweckmässigste wäre. Osteuropäische Nachbarn des wiedererstehenden grossen Deutschland lassen bei dieser Idee Missbehagen erkennen.

Obwohl sich die Geschichte kaum wiederholt und West- und Ostdeutsche den Verdacht a priori sicher nicht verdienen, sie könnten eine imperialistische Politik wiederbeleben wollen, ist unbestreitbar, dass ein vereinigtes Deutschland ein Gewicht aufweist, das die europäische Balance beeinträchtigen kann.

Die eine Antwort darauf ist die umso festere Einbindung in die Europäische Gemeinschaft. Ob das das Problem vollends löst, muss wohl dahingestellt bleiben. Die Lösung der militärpolitischen Seite des Problems erscheint, wenn man auf die sowjetischen Interessen eingehen will, noch dornenvoller. Das einfachste wäre wohl die Aufrechterhaltung von NATO und Warschauer Pakt auf absehbare Zeit mit einer Sonderregelung für das Territorium der bisherigen DDR. Reichlich nebulös wirken demgegenüber die Vorschläge, wonach eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung im Rahmen der KSZE-Mitgliedschaft die Bündnisse ablösen solle, was Henry Kissinger am 15. April in der «Washington Post» klar zum Ausdruck gebracht hat. Die Sowjetunion wird für lange Zeit – darin stimmen so gut wie alle ernst zu nehmenden Experten überein – eine bedeutende und die bedeutendste Militärmacht im europäischen Raum bleiben, selbst wenn sie Randrepubliken verliert. Daher ist es mit der unter den gegebenen Voraussetzungen gebotenen Vorsicht überhaupt nicht zu vereinbaren, der Auflösung der NATO das Wort zu reden.

Und schliesslich ist die künftige Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Osteuropa in mancher Hinsicht ungewiss. Das ist die Folge des Wegfallens der eisernen Klammer der sowjetischen Hegemonie vor dem Hintergrund von Grenzziehungs- und Nationalitätenproblemen, die historisches Erbe sind. Mit dem Blick auf das wohl allgemeine Interesse an Stabilität erschiene die völlige Preisgabe des Warschauer Paktes paradoxerweise jedenfalls in absehbarer Zukunft als unzweckmässig. Polnische Stellungnahmen weisen in genau diese Richtung.

Neue Lage – neue Chancen und Gefahren

Aufgrund dieser Überlegungen und Feststellungen lässt sich folgendes Fazit ziehen: Das herkömmliche Bedrohungsbild gilt in wichtigen Teilen nicht mehr, weil die Führung der osteuropäischen Länder, jedenfalls der meisten, den von Moskau abhängigen kommu-

nistischen Parteien entglitten ist und weil die Sowjetunion vor ersten inneren Problemen steht, zugleich aber auch erhebliche Schritte in Richtung auf die Mitwirkung des Volkes an der staatlichen Willensbildung getan hat. Die kommunistische Ideologie hat jedenfalls in Europa jede Geltung eingebüsst. Die Sowjetunion ist andererseits unverändert eine Grossmacht mit einem gewaltigen konventionellen wie auch nuklearen Arsenal. Anders als Russland 1904/1905 oder 1914 besitzt die in der Krise steckende Sowjetunion bis auf weiteres ein hervorragendes militärisches Instrument, das in den letzten Jahrzehnten geschmiedet wurde.

Motivationsprobleme, wie sie gegenwärtig bestehen, die aber auch nicht überschätzt werden dürfen – man beachte die Disziplin, die die sowjetischen Garnisonstruppen in Osteuropa insgesamt unter den schwierigen Bedingungen der jüngsten Zeit bewiesen haben –, lassen sich im Bedarfsfall überwinden. Westliche Verteidigungsbereitschaft bleibt unentbehrlich, wenn die Präsenzstärke auch ohne Zweifel reduziert und den neuen Bedingungen angepasst werden kann. Wesentlich bleibt die Aufrechterhaltung amerikanischer Atomstreitkräfte, die für eine ausreichende Abschreckung sorgen und so einen stabilisierenden Einfluss ausüben. Die Amerikaner haben solches durchaus im Sinn. Und wesentlich bleibt die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa. Der Wandel der Europa und, in anderer Weise, die Sowjetunion erfasst hat, muss durch Vorsichtsmassnahmen begleitet werden.

Abrüstung in Europa

Eine logische Konsequenz aus der veränderten politischen Lage ist die Beschränkung der vorhandenen, vor allem auf sowjetischer Seite überdimensionierten militärischen Kräfte. Das jüngste Geschehen hat von neuem bewiesen, was einige nie wahrhaben wollten und wohl auch weiterhin wider besseres Wissen bestreiten werden: dass nicht die Waffen die eigentliche Ursache von Konflikten sind, sondern dass es dafür politische Gründe in erster Linie gibt. Bemerkenswert ist im vorliegenden Fall immerhin, dass die Rüstungsbegrenzungsbestrebungen dem politischen Wandel vorausgeeilte sind.

Die auf Rüstungsbegrenzung zielenden Anstrengungen galten in den letzten Jahrzehnten allerdings primär der Nuklearrüstung, und das erklärt sie auch. Wegen der Eigenschaften der Nuklearwaffen waren beide Supermächte ab 1963 an Vereinbarungen interessiert, die sich stabilisierend auswirken würden, die Gefahr eines unbeabsichtigten Atomkrieges verringern oder bannen würden, eine Verschärfung des Wettrüstens abwenden und damit die Kosten der Nuklearrüstung reduzieren würden. Die Initiative ging meist von dem dem Druck ihrer Öffentlichkeit und des Kongresses ausgesetzten Amerikanern aus, aber die Sowjets erkannten in solchen Vereinbarungen ihrerseits Vorteile, nachdem sie sich in den späten sechziger und in den siebziger Jahren ein gewaltiges Arsenal zugelegt hatten.

Unter diesen Voraussetzungen kam es zu den SALT-Vereinbarungen, die 1972 und 1979 abgeschlossen wurden. Mit den in den achtziger Jahren aufgenommenen START-Verhandlungen wurde dann auf eine effektive Reduktion der Arsenale beider Seiten hingearbeitet. Ob 1990 ein START-Vertrag zustande kommt, er-

scheint nunmehr wieder wahrscheinlich. Erklärtes Ziel dieser Verhandlungen ist es, die Bestände jeder Supermacht an gegen das Heimatgebiet der anderen Macht einsetzbaren Nuclear Delivery Vehicles, also Trägersystemen auf 1600 und die Bestände an damit transportierbaren Atomsprengeköpern auf 6000 abzubauen. Damit blieben immer noch enorme Mittel im Besitz der zwei Grossen, aber Überkapazitäten wären ausgeschaltet. Probleme stellen sich bei der Festlegung von Unterplafonds für spezifische Waffenkategorien oder der Zulassung solcher. Umstritten waren bisher die luft- und seegestützten Marschflugkörper namentlich der USA, deren besonderes Merkmal äusserste Zielgenauigkeit ist. Zu Diskussionen gab in der Vergangenheit die Frage der Zulassung landmobiler – Strasse oder Schiene – Interkontinentalenkwaffen Anlass, die die Sowjets bereits in beachtlicher Zahl eingeführt haben – mehr als 180 SS-24 und SS-25.

Die Frage der landgestützten Mittelstreckenlenkwaffen ist mit dem INF-Vertrag vom 8. Dezember 1987 geregelt worden. Erstmals im Atomzeitalter wurde mit diesem Vertrag, dessen Vollstreckung im Gange ist, eine ganze Kategorie von Atomwaffen eliminiert. Das war auch der erste eigentliche Abrüstungsakt – und bisher der einzige – auf den sich die Supermächte einigten. Die strategische Unbedenklichkeit dieses Schrittes erklärte auch dessen Realisierung. Für später aufgehoben wurde die Begrenzung der nuklearfähigen Lenkwaffen mit Reichweiten unter 500 km, wo die Sowjets über eine ausgeprägte Überlegenheit verfügen. Da sich ein erheblicher Prozentsatz dieser Waffen im Besitz nicht-sowjetischer Pakt-Staaten befindet, könnten sich Verhandlungen über deren Abbau als kompliziert erweisen.

Das leitet über zu den im März 1989 eröffneten Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt über die konventionellen Hauptwaffen zwischen Atlantik und Ural, die CFE-Verhandlungen, die in Wien geführt werden. Das Ziel der Verhandlungen ist, vor allem wenn man sich vergegenwärtigt, wieviel mehr die Sowjetunion preisgeben muss, wenn die erklärten Ziele erreicht werden sollen, ehrgeizig zu nennen. Auf die Ziele dieser Verhandlungen hat man sich teils vor dem Umbruch in Osteuropa geeinigt. Am 14. Dezember 1989 haben dann beide Seiten ihre neuen Vorschläge unterbreitet. Beide Allianzen streben Obergrenzen für Hauptwaffen wie Kampfpanzer, weitere Panzerfahrzeuge, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und Helikopter an, die für jede Seite im Raum zwischen Atlantik und Ural gelten sollen (siehe Figur). Im Grundsätzlichen rasch geeinigt hat man sich auf die Obergrenze für Kampfpanzer, total 40 000, pro Bündnis 20 000, sinngemäss für Schützenpanzer – unter Vorbehalt von Unterlimiten für eigentliche Kampfschützenpanzer total 56 000 oder 28 000 pro Bündnis.

Meinungsverschiedenheiten gibt es anscheinend nach wie vor bezüglich der Artilleriebestände, wo die Sowjetunion 24 000 Systeme pro Pakt verlangt, die NATO eine Beschränkung auf 16 500 befürwortet. Nachdem unterschiedliche Definitionen dessen, was unter Artillerie verstanden werden solle – gemäss der NATO Rohre ab Kaliber 100 mm, nach dem Warschauer Pakt auch kleinere Kaliber –, anfänglich Schwierigkeiten bereitet hatten,

konnte im letzten Herbst eine Einigung erzielt werden. Als Artillerie gelten Rohre ab Kaliber 100 mm.

Umstritten bleibt die Frage der Kampfflugzeuge. Die NATO hat ursprünglich einen Oberplafond pro Allianz von 5700 Flugzeugen vorgeschlagen. Darunter wären alle landgestützten Kampfmaschinen gefallen. Die östliche Seite wollte demgegenüber nur die Angriffsflugzeuge – Strike –, also Bomber oder Jagdbomber beschränkt wissen, die für die Luftverteidigung eingesetzten Maschinen und Trainingsflugzeuge sollten nicht darunter fallen. Die Sowjets haben schon immer die Masse ihres beträchtlichen Flugzeugparks als Jäger oder Flugzeug der Luftverteidigung deklariert und wollten diese den Beschränkungen entziehen. Die NATO hat da neuerdings Entgegenkommen gezeigt und vorgeschlagen, die Limite auf 4700 Flugzeuge aller Typen (siehe Figur) festzulegen, wobei noch 500 eigentliche Jäger zusätzlich behalten werden dürften. Das hat indessen eine Einigung bis Anfang Mai nicht ermöglicht.

Die Frage der Mannschaftsbestände wäre nach ursprünglicher Auffassung der NATO zunächst auszuklammern gewesen. Dann hat der amerikanische Präsident im Frühsommer 89 eine Begrenzung der Truppenstärke der beiden Supermächte in Europa für die Sowjets ausserhalb der Sowjetunion – auf je 275 000 Mann angeregt, worauf eine verbindliche sowjetische Antwort nicht erfolgte. Aber Anfang dieses Jahres bekundete die sowjetische Führung Zustimmung, als Präsident Bush einen weiter gehenden Abbau der Truppen der USA und der Sowjetunion vorschlug, nämlich je 195 000 Mann im Sektor Europa Mitte (die USA möchten 30 000 Mann in weiteren europäischen Regionen stationieren können). Angesichts der Veränderungen in Osteuropa und der Forderung dieser Länder nach Abzug der Sowjettruppen kann die sowjetische Zustimmung nicht weiter erstauen.

Komplexes Verhandlungsziel in Wien

Beschränkte sich der in den grossen Zügen erkennbare Abrüstungsvertrag auf die bisher erläuterten Obergrenzen insbesondere für Waffen, so würden seine definitive Ausarbeitung und spätere Durchsetzung weniger Kopfzerbrechen bereiten. Man will aber in verschiedener Hinsicht Untergrenzen fixieren. Das gilt einmal in geographischer Beziehung: wie viele Panzer, Artilleriesysteme etc sollen in näher bestimmten Räumen beibehalten werden dürfen; wie viele Waffen soll eine einzelne Macht behalten dürfen; wie viele soll sie ausserhalb des eigenen Hoheitsgebietes stationieren dürfen? Die geographischen Vorstellungen beider Seiten klapften zunächst deutlich auseinander. Da scheinen aber Fortschritte erzielt worden zu sein. Zentrale Bedeutung kommt indessen der Festlegung des Kontingentes an Hauptwaffen zu, über das eine einzelne Macht verfügen dürfte. Denn dabei geht es praktisch nur um die Stärke, die man der Sowjetunion westwärts des Uralgebirges zubilligen will.

Die NATO hat vorgeschlagen, dass eine einzelne Macht nicht mehr als 12 000 Kampfpanzer, 10 000 Artilleriesysteme, 16 000 Schützenpanzer und 1140 Kampfhelikopter behal-

ten dürfe. Die Sowjetunion verlangte bisher mehr, nämlich 14 000 Kampfpanzer und 17 000 Artilleriesysteme. Auch wenn man diesen sowjetischen Vorstellungen entgegenkommt, wird die Sowjetarmee gewaltig abspecken müssen. Denn sie verfügt gemäss dem NATO-Dokument vom 25. November 1988 «*Conventional Forces in Europe: The Facts*» vorwärts des Urals über 37 000 Kampfpanzer und 33 000 Artilleriewaffen. Von diesen sowjetischen Panzerbeständen sind 5000 bis 10 000 abzuziehen, diejenigen, deren Verschrottung oder Einsatz für die Ausbildung oder zivile Zwecke Gorbatschow am 7. Dezember 1988 angekündigt hat.

Fortschritte und neue Gefahren

An der Richtigkeit des Zieles, das man in Wien verfolgt, ist nicht zu zweifeln. Doch drängen sich zu den Konsequenzen eines diesen Linien folgenden Abrüstungsvertrages Bemerkungen auf. Erstens ist festzustellen, dass mit der Durchführung der in Aussicht genommenen Massnahmen erstmals in Europa ein jedenfalls zahlenmässiges Gleichgewicht bezüglich der konventionellen Kräfte hergestellt würde, die Bedrohung durch das sowjetische Übergewicht, das sich vor allem seit den 70er Jahren ausgeprägt hat, wegfielen. Gleichzeitig ist aber zu unterstreichen, dass auch nach Vollzug eines solchen Vertrages überaus bedeutende militärische Kräfte in Europa verblieben. Es empfiehlt sich, sich zu

vergegenwärtigen, mit welchem Panzer- und Artilleriearsenal Hitler-Deutschland die Sowjetunion 1941 überfiel: mit 3350 Panzern und 7180 Rohren Artillerie. Fortan gäbe es immer noch – und das wäre ja ein grosser Fortschritt – total 40 000 Kampfpanzer und zwischen 33 000 und 48 000 Artilleriewaffen.

Europa, bisher ein Pulverfass, das aus politischen Gründen und wegen der Wirksamkeit der atomaren Abschreckung nie explodierte, wird also stark bewaffnet bleiben. Es ist verständlich, wenn nach Folgeverhandlungen gerufen wird, die weitere Reduktionen herbeiführen sollen. Hinter die Chance einer baldigen Erfüllung dieser Forderung sind freilich Fragezeichen zu setzen. Daraus folgt aber, dass es verantwortungslos ist, jetzt vorzupressen und einseitige Massnahmen des Westens zu propagieren. Sodann ist nicht zu übersehen, dass die Umwälzungen in Moskaus Einflussphäre den raschen Abschluss eines CFE-Vertrages eher erschweren könnten. Endlich bleibt der Hinweis darauf, wie anspruchsvoll Durchführung und Kontrolle des vorgesehenen Abrüstungsvertrages sein werden.

Die generelle Folgerung lautet dahin, dass leichtfertige Euphorie fehl am Platz ist. Notwendig ist überlegtes, von Vorsicht diktiertes Vorgehen, um wohl die Gunst der Stunde zu nutzen, die Sicherheit des Westens aber nicht in Frage zu stellen, und zwar nicht nur die von heute, sondern auch von morgen. ■

